A1 Die rechte Welle brechen!

Gremium:	Campusgrün Bundesvorstand
Beschlussdatum:	02.05.2024
Tagesordnungspunkt:	7 Leitantrag

Antragstext

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen.
Vom russischen Angriffskrieg gegen Russland über die anhaltende Revolution im Iran, bis hin zum eskalierenden Nahostkonflikt erleben wir mehrere internationale Krisen, die auch innerhalb Deutschlands Folgen haben. Weltweit demonstrieren Menschen für ihre Rechte und gegen Krieg.
Unterdessen sehen wir, wie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus immer weiter in die Gesellschaft vordringen - und das nicht nur in Deutschland - sondern weltweit. Gerade die italienische Meloni-Regierung zeigt uns, dass rechte Kräfte in Europa erstarken, sich von Europa trennen möchten und menschenfeindliche Politik immer öfter akzeptiert und gefördert wird.

Dies trifft in Europa insbesondere Menschen mit Fluchterfahrung, denen es immer schwerer gemacht wird, Asyl zu bekommen und die immer stärker von rassistischer Gewalt betroffen sind. Gerade in letzter Zeit nehmen die Fälle rassistisch motivierter Gewalt zu und es kommt zu Anschlägen, die vergleichbar sind mit den rechtsextremen Angriffen in Rostock und Solingen in den 90er Jahren.
Hanau war von Anfang an kein Einzelfall und die mangelhafte Aufarbeitung und zu schwachen Konsequenzen tragen, ebenso wie die immer lauter werdende Hetze gegen Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung, dazu bei, dass die Hemmschwelle solche Angriffe zu verüben sinkt.

Auch queere Menschen sehen sich weltweit mit einer immer größer werdenden Bedrohung konfrontiert, sei es in den USA, wo Queerfeindlichkeit seit der Amtszeit von Donald Trump auf einem Rekordhoch ist und in vielen Bundesstaaten queerfeindliche Gesetze verabschiedet werden, in afrikanischen Ländern, wo Homosexualität wieder unter die Todesstrafe gestellt wird, oder in Großbritannien, wo transfeindliche Größen wie J.K. Rowling durch ihre Einflussnahme und Finanzspritzen dafür sorgen, dass trans* Personen die Möglichkeit verwehrt wird, ihren Namen und Personenstand einfach zu ändern.
Ähnliches erleben wir hier in Deutschland: Erst Ende April 2024 wurde das Selbstbestimmungsgesetz verabschiedet, und das mit einigen Verzögerungen und diskriminierenden Inhalten, obwohl queere Verbände mit vollem Herzblut Lobbyarbeit für echte Selbstbestimmung betrieben haben. Wenn es nach der CDU und der AfD ginge, dann wäre das Selbstbestimmungsgesetz gar nicht erst gekommen - und das ist nur der Gipfel des Eisbergs.
Seit neuestem gibt es in Bayern ein Verbot gegen gendergerechte Sprache, auch Hessen und andere Bundesländer können sich dieses vorstellen. An dieser Stelle sind wir als Universitäten explizit betroffen.
Wir als Campusgrün sehen diesen Entwicklungen mit Entsetzen und stellen uns entschlossen gegen rechte Kräfte, die die Freiheiten queerer Menschen und Allies einschränken und queerfeministischen Aktivisimus unter Strafe stellen wollen.

Die Gewalt, die Studierende erfahren, nimmt durch all diese Entwicklungen zu.
Die Universität ist kein luftleerer Raum. WIr tragen die Konsequenzen der zunehmenden Radikalisierung der Gesellschaft und sehen uns mit neuen Herausforderungen konfrontiert.
Die Hochschulpolitik bildet das Spannungsfeld zwischen den allgemeinpolitischen Einstellungen jedes Menschen und der Ausgestaltung des Hochschullebens für die Studierenden, aber auch für alle Beschäftigten. Dabei leben die Universitäten

von einem breiten Diskurs, der die Menschenrechte achtet und die Diversität ihrer Mitglieder wahrt.
Wenn diese Diversität bedroht ist, dann ist das ein Angriff auf unsere Demokratie.

Die Universitäten in Deutschland leben Vielfalt vor allem durch die Vernetzung mit anderen Universitäten und Wissenschaftler*innen weltweit und durch Angebote für internationale Studierende. Wir setzen uns nach wie vor gegen Studiengebühren für internationale Studierende ein und stehen für eine weltoffene, menschenachtende Kultur an unseren Hochschulen ein.

Als campusgrüne Hochschulgruppen treten wir dem Erstarken von repressiven, rechten Aktueren klar entgegen und setzen unser hochschulpolitisches Engagement ein, um diese rechte Welle zu brechen. Sowohl in unserem unmittelbaren Handlungsraum "Hochschule" als auch in der gesamten Gesellschaft.

Begründung

Die Europawahl steht kurz bevor und wir sehen uns mehr denn je mit der Gefahr erstarkender rechter Kräfte konfrontiert. Wir als Campusgrün Bundesvorstand sehen uns in der Pflicht, uns gegen rechte Kräfte zu positionieren, sowohl an der Universität, als auch außerhalb.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich